

Vorlage		Vorlage-Nr: FB 56/0321/WP18
Federführende Dienststelle: FB 56 - Fachbereich Wohnen, Soziales und Integration		Status: öffentlich
Beteiligte Dienststelle/n:		Datum: 22.09.2023
		Verfasser/in: FB 56/100
Ratsantrag 382/18 der Fraktionen Grüne, CDU, SPD, Die Zukunft, Die Linke und FDP vom 20.09.2023 – Beauftragung einer Machbarkeitsstudie zur Umsetzung des Projektes "SW21"		
Ziele: Klimarelevanz keine		
Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
28.09.2023	Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie beauftragt die Verwaltung, eine Machbarkeitsstudie zur Umsetzbarkeit des Projektes „SW21“ auf den Weg zu bringen sowie zu prüfen, ob Fördermittel zur Finanzierung der Studie beitragen können.

Prof. Dr. Sicking
(Beigeordneter)

Finanzielle Auswirkungen

	JA	NEIN	
		x	

Investive Auswirkungen	Ansatz 20xx	Fortgeschrieb ener Ansatz 20xx	Ansatz 20xx ff.	Fortgeschrieb ener Ansatz 20xx ff.	Gesamt- bedarf (alt)	Gesamt- bedarf (neu)
	Einzahlungen	0	0	0	0	0
Auszahlungen	0	0	0	0	0	0
Ergebnis	0	0	0	0	0	0
<i>+ Verbesserung / - Verschlechterung</i>	<i>0</i>		<i>0</i>			
	Deckung ist gegeben/ keine ausreichende Deckung vorhanden		Deckung ist gegeben/ keine ausreichende Deckung vorhanden			

konsumtive Auswirkungen	Ansatz 20xx	Fortgeschrieb ener Ansatz 20xx	Ansatz 20xx ff.	Fortgeschrieb ener Ansatz 20xx ff.	Folge- kosten (alt)	Folge- kosten (neu)
	Ertrag	0	0	0	0	0
Personal-/ Sachaufwand	0	0	0	0	0	0
Abschreibungen	0	0	0	0	0	0
Ergebnis	0	0	0	0	0	0
<i>+ Verbesserung / - Verschlechterung</i>	<i>0</i>		<i>0</i>			
	Deckung ist gegeben/ keine ausreichende Deckung vorhanden		Deckung ist gegeben/ keine ausreichende Deckung vorhanden			

Klimarelevanz

Bedeutung der Maßnahme für den Klimaschutz/Bedeutung der Maßnahme für die

Klimafolgenanpassung (in den freien Feldern ankreuzen)

Zur Relevanz der Maßnahme für den Klimaschutz

Die Maßnahme hat folgende Relevanz:

<i>keine</i>	<i>positiv</i>	<i>negativ</i>	<i>nicht eindeutig</i>
x			

Der Effekt auf die CO₂-Emissionen ist:

<i>gering</i>	<i>mittel</i>	<i>groß</i>	<i>nicht ermittelbar</i>
			x

Zur Relevanz der Maßnahme für die Klimafolgenanpassung

Die Maßnahme hat folgende Relevanz:

<i>keine</i>	<i>positiv</i>	<i>negativ</i>	<i>nicht eindeutig</i>
x			

Größenordnung der Effekte

Wenn quantitative Auswirkungen ermittelbar sind, sind die Felder entsprechend anzukreuzen.

Die **CO₂-Einsparung** durch die Maßnahme ist (bei positiven Maßnahmen):

- gering unter 80 t / Jahr (0,1% des jährl. Einsparziels)
- mittel 80 t bis ca. 770 t / Jahr (0,1% bis 1% des jährl. Einsparziels)
- groß mehr als 770 t / Jahr (über 1% des jährl. Einsparziels)

Die **Erhöhung der CO₂-Emissionen** durch die Maßnahme ist (bei negativen Maßnahmen):

- gering unter 80 t / Jahr (0,1% des jährl. Einsparziels)
- mittel 80 bis ca. 770 t / Jahr (0,1% bis 1% des jährl. Einsparziels)
- groß mehr als 770 t / Jahr (über 1% des jährl. Einsparziels)

Eine Kompensation der zusätzlich entstehenden CO₂-Emissionen erfolgt:

- vollständig
- überwiegend (50% - 99%)
- teilweise (1% - 49%)
- nicht
- nicht bekannt

Erläuterungen:

Mit Ratsantrag vom 20.09.2023 beantragen die Fraktionen Grüne, CDU, SPD, Die Zukunft, Die Linke und FDP die Verwaltung mit einer Machbarkeitsstudie zur Umsetzung des Projektes „SW21“ zu beauftragen. Dabei soll geprüft werden, ob Fördermittel zur Finanzierung der Studie beitragen können. Gegenstand der Studie sollen Chancen und Risiken einer möglichen Umsetzung des Projekts sein. Mit dem Projekt wird das Ziel verfolgt, die Arbeits- und Lebensbedingungen im Prostitutionsgewerbe in der Antoniusstraße deutlich zu verbessern.

Vorbehaltlich der Annahme des Ratsantrags in der Sitzung des Rats am 27. September 2023 befasst sich der Ausschuss für Soziales und Integration in seiner Sitzung des 28. September mit dem benannten Ratsantrag.

Anlage:

Ratsantrag 382/18 der Fraktionen Grüne, CDU, SPD, Die Zukunft, Die Linke und FDP vom 20.09.2023 – Beauftragung einer Machbarkeitsstudie zur Umsetzung des Projektes „SW21“

Fraktionen im Rat der Stadt - 52062 Aachen

Frau Oberbürgermeisterin
Sibylle Keupen
Rathaus
52058 Aachen

Eingang bei FB01

20. Sep. 2023

Nr. 382/18

Geschäftsstellen

Verwaltungsgebäude Katschhof
Johannes-Paul-II.-Straße 1
52062 Aachen

Grüne 0241 / 432 -7217
CDU 0241 / 432 -7211
SPD 0241 / 432 -7215
Zukunft 0241 / 432 -7266
FDP 0241 / 432 -7224
Linke 0241 / 432 -7244

Aachen, den 20.09.2023

Ratsantrag

Beauftragung einer Machbarkeitsstudie zur Umsetzbarkeit des Projektes „SW21“

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die Fraktionen von GRÜNEN, CDU, SPD, Zukunft, FDP und LINKE im Rat der Stadt Aachen beantragen,
im Rat der Stadt folgenden Beschluss zu fassen:

**Die Verwaltung wird beauftragt, eine Machbarkeitsstudie zur Umsetzbarkeit des Projektes „SW21“
auf den Weg zu bringen.**

Begründung:

Die WABE e.V. und der Facharbeitskreis Prostitution des Frauennetzwerks haben unter dem Namen
Projekt SW21 (Sexwork 21), ein Projekt initiiert, um die teilweise menschenunwürdigen Arbeits- und
Lebensbedingungen im Prostitutionsgewerbe in der Antoniusstraße deutlich zu verbessern.

Zur weiteren Ausarbeitung bedarf es vorab einer Machbarkeitsstudie, die Chancen und Risiken einer
möglichen Umsetzung dort beleuchtet. Der Fachbereich Soziales sowie der Facharbeitskreis Prostitu-
tion des Frauennetzwerks Aachen sollen hierin einbezogen werden.

Die Ergebnisse sind dem Fachbereich Soziales und in der Folge dem Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie vorzustellen.

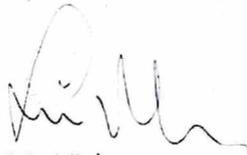
Die Verwaltung wird mit der Prüfung beauftragt, ob Fördermittel zur Finanzierung der Studie beitragen können.

Mit freundlichen Grüßen



Carsten Schaadt

Sprecher GRÜNE Fraktion



Iris Lürken

Vorsitzende CDU-Fraktion



Michael Servos

Vorsitzender SPD-Fraktion



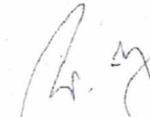
Dirk Szagunn

Sprecher Fraktion Die Zukunft



Leo Deumens

Vorsitzender Fraktion Die LINKE



Wilhelm Helg

Vorsitzender FDP-Fraktion